



Der Konflikt in und um die Ukraine

Der VN Sicherheitsrat blockiert – EU und NATO gefragt

Dr. Klaus Olshausen

März 2014

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.



Dr. Klaus Olshausen



ANALYSE

In den vergangenen Wochen zeigen die krisenhaften Entwicklungen in der Ukraine und zwischen Russland und vorrangig den westlichen Staaten wie unterschiedlich die Zuspitzung der Lage behandelt wird.

Putin und Russland bleiben konsequent bei ihrer Version, dass die Kiewer Regierung illegitim ist, dass die rechten Nationalisten und Faschisten die russischsprachige und ethnisch russische Bevölkerung mit gewaltsamen Aktionen bedrohen und dass die Krim von lokalen Sicherheitskräften dagegen geschützt werden muss.

Der „Westen“ verurteilt das offensive, aggressive Vorgehen Moskaus auf der Krim, gewinnt aber keinen Einfluss auf die Risikokalkulation Putins. USA und EU setzen auf Dialog und die Ankündigung von Kosten, während Putin seinen Zweck, die Ukraine dem Westen zu entziehen im Blick behält und sein (Zwischen-)Ziel auf der Krim in den Tagen nach dem „Referendum“ erreichen will.

Am 17. März können zwei Fragen gestellt werden:

1. Wird Russland zunächst bei der Selbständigkeit oder Eingliederung der Krim in die Russische Föderation verharren oder unverzüglich auch den Osten der Ukraine destabilisieren?
2. Wird der Westen seine Forderung nach Erhalt der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität nicht nur aufrecht erhalten, sondern konkrete Maßnahmen zu seiner Gewährleistung oder Wiederherstellung ergreifen?

Nachdem die Krisenprävention der EU, der USA und der NATO wiederholt gescheitert ist und ihre bisherigen Maßnahmen zur Krisenbewältigung zu keiner Änderung oder auch nur Abschwächung von Putins aggressivem Handeln geführt haben, bleibt die Frage, ob Putins richtige Einschätzung von 2008 nach dem Krieg gegen Georgien und der Abspaltung von Abchasien und Südossetien, dass der Westen sein völkerrechtswidriges Verhalten nach kurzen Protesten hinnehmen und zu „business as usual“ zurückkehren werde, sich auch im Verlauf der Krise in und um die Ukraine bestätigen wird.

Wenn ab dem 17. März die westlichen Staaten nicht mit deutlichen Sanktionen darauf zielen, dass die russischen Truppen auf der Krim in die russischen Garnisonen zurückkehren und das Ergebnis des illegalen Referendums auf der Krim zurückgenommen wird, wird sich Putin ermutigt fühlen, weitere Schritte im Osten der Ukraine einzuleiten. Die Tatsache, dass der VNSR mit 13 Stimmen und chinesischer Enthaltung das Referendum auf der Krim als illegal bezeichnet und damit die Isolierung Russlands dokumentiert hat, blieb ohne jeden Einfluss auf die abwehrenden Einlassungen des russischen VN Botschafters. Das macht klar, dass Deklarationen der internationalen Gemeinschaft allein an Putin abprallen und er seinen Zweck der quasi Wiederherstellung der russischen Landmacht soweit irgend möglich unbeirrt weiter verfolgt.

Ob ein Vorschlag von Bundeskanzlerin Angela Merkel gegenüber Putin, die Präsenz der OSZE in der Ukraine – v.a. auch in den östlichen Teilen – zu verstärken, um eine weitere Zuspitzung der Lage zwischen pro-ukrainischen und pro-russischen Kräften zu vermeiden, von Putin eher akzeptiert wird als die bisher konsequent abgelehnte Kontaktgruppe, ist zumindest zweifelhaft. Allein schon dieser Vorschlag der Bundeskanzlerin deutet darauf hin, dass Putins „Faustpfand“ oder „Salamitaktik“ auf der Krim aufzugehen scheint und die internationale Gemeinschaft nur noch versuchen will, das Ausgreifen Putins auf die Ostukraine zu verhindern.

Es zeigt sich, dass dem Präsidenten eines Landes, das entschlossen militärische Macht, strategische Propaganda und destabilisierende „fünfte Kolonne“ Organisationen gegen ein anderes Land einsetzt, mit diplomatischen



Schritten allein nicht wirksam zu begegnen ist. Und alle bisher getroffenen politischen Maßnahmen und angekündigten wirtschaftlichen Sanktionen können das unmittelbare russische Vorgehen in der Ukraine nicht stoppen. Der darin liegende „Preis“, den Putin zu bezahlen haben soll, hat bei der russischen Regierung und besonders bei Präsident Putin keine erkennbare Wirkung erzielt.

Bisher fehlt es nicht nur an wirkungsvollen Maßnahmen zur Umkehr Putins, sondern v.a. auch an erkennbar abschreckenden Maßnahmen gegen jedes weitere aggressive Vorgehen Moskaus. Es bestätigt sich, dass „smart power“ allein mit „soft power“ gegen einen machtpolitisch und geopolitisch agierenden Gegner nicht verhindern kann, dass für die Ukraine, den „Westen“ und die internationale Gemeinschaft negative Fakten geschaffen werden. Und es ist auch klar, dass die Zurücknahme von Putins aggressiven Maßnahmen noch viel schwieriger werden wird als präventive Verhinderung der Aggression „in the first place“. Während Putin noch überzeugt sein mag, dass die Solidarität der NATO die östlichen Bündnismitglieder schützt, hat sich nach Georgien 2008 seine Einschätzung gefestigt, dass er solche Gelegenheiten auch in der Ukraine nutzen kann, ohne dass dies schwerwiegende Folgen – schon gar keine militärischen – für Russland haben wird.

In dieser Lage zählt er offensichtlich weiter auf die bestehenden Unterschiede der Interessen, Ziele und Beurteilung in den 28 Staaten von NATO und EU. Beide Organisationen mit ihren Mitgliedstaaten und die USA werden durch Handeln unter Beweis stellen müssen, dass er sich irrt. Denn es sind nach Clausewitz vor allem „zwei Dinge, welche in der Wirklichkeit als Motiv zum Frieden ... treten können. Das erste ist die Unwahrscheinlichkeit, das zweite ein zu großer Preis des Erfolges“. (Clausewitz, Vom Kriege, Ullstein, S. 49)

Anmerkung: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder